

DEUTSCHE BAHN

Transnet denkt über „Plan B“ nach

Die Eisenbahner-Gewerkschaft Transnet ist dafür, den geplanten Börsengang der Deutschen Bahn abzublasen und den kompletten Konzern in der Obhut des Bundes zu belassen, sollte sich die Politik in dieser Woche darauf verständigen, das Schienennetz aus dem Unternehmen herauszulösen. Das soll in der Hauptvorstands- und Beiratssitzung noch Ende des Monats beschlossen werden. „Plan B“ der Transnet sieht vor, dass der Bund die Bahn als alleiniger Eigentümer in der heutigen Form erhält und ausbaut. Damit könne der Bund auch weiter Einfluss auf die Verkehrsentwicklung hierzulande haben. „Es wäre schädlich und töricht, aus der Entwicklung der Bahn zu einem Mobilitäts- und Logistikanbieter auszuweichen“, so Transnet-Vorstand Norbert Hansen. Ob Bahnchef Hartmut Mehdorn im Falle einer solchen Lösung weiter als Konzernvorstand zur Verfügung stünde, hält Hansen dagegen für fraglich. Unterdessen wächst auch innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion die Zahl der Abgeordneten, die einen Börsengang prinzipiell in Frage stellen. „Ich kann wirklich keinen guten Grund für einen Börsengang sehen“, sagt der SPD-Verkehrspolitiker Peter Danckert.



Hansen

MARCEL METZELSIEFEN / PICTURE-ALLIANCE/ DPA

AFFÄREN

Hartz wusste früh Bescheid

In seiner Vernehmung vor der Braunschweiger Staatsanwaltschaft hat der ehemalige VW-Personalvorstand Peter Hartz erstmals eingestanden: Er wusste frühzeitig, dass Ex-Betriebsratschef Klaus Volkert private Vergnügungen auf Firmenkosten abrechnen ließ. Hartz sagte, er habe „konkrete Bedenken“ wegen „selbst wahrgenommener Ereignisse auf Reisen“ gehabt. Aber: „Ich wollte nicht sehen, dass hier eventuell private Ausgaben für Herrn Volkert abgerechnet wurden.“ Hartz hatte Volkert schon im Jahr 1994 das Recht eingeräumt, sogenannte Vertrauensspesen abzurechnen, bei denen keine Quittungen vorgelegt werden müssen. Dies sei im Konzern „eine geheime Sache“ gewesen. Volkert hatte über die Vertrauensspesen dann auch Ausgaben für Prostituierte abrechnen lassen.



WALTER SCHMIDT / NOVUM

Hartz, Volkert

DER SPIEGEL berichtete in Nr. 7/2006 „Klüngeln im Krieg“ über die Verlegerfamilie Neven DuMont und den Erwerb ehemaliger jüdischer Immobilien während der NS-Zeit.

Darin enthaltene Behauptungen, die Eltern von Alfred Neven DuMont sowie dessen Verlag M. DuMont Schauberg hätten von „Arisierungen“ und den „Enteignungen ihrer jüdischen Nachbarn“ profitiert, haben sich als nicht stichhaltig erwiesen. So räumte der vom SPIEGEL zitierte Historiker Ingo Niebel inzwischen Fehler ein. Er habe beim „zu raschen Durchblättern“ einer Rückerstattungsakte zentrale Hinweise übersehen.

Unter anderem war über den Kauf dreier Häuser neben der Kölner Verlagszentrale durch den Gerling-Konzern berichtet worden. Es hat sich hierbei herausgestellt, dass der Gerling-Konzern keineswegs als Zwischenhändler – wie behauptet – aufgetreten ist, sondern die Immobilien im Oktober 1941, drei Jahre nach ihrem Erwerb, an die Eltern Neven DuMont veräußert hat.